

Frische Brise für Windräder

Die Bürgermeister im Landkreis zeigen sich offen für den Vorstoß von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, in Bayern 300 neue Anlagen zu bauen. In Gilching plant Manfred Walter bereits eine Machbarkeitsstudie

VON MICHAEL BEHEL
UND CHRISTINE SETZWEIN

Starnberg – Der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) will, dass im Freistaat 300 neue Windräder gebaut werden – trotz der 10-H-Regelung, die vorschreibt, dass der Abstand von Windrädern von Siedlungen das Zehnfache ihrer Höhe betragen muss. Die Bürger sollen dabei mitgenommen werden, in Anlagen investieren und in Bürgerentscheiden abstimmen dürfen. Der Minister kündigt „lukrative Angebote“ an. Die Gemeinden sollten Vorrangflächen für den Bau von Windkraftanlagen ausweisen.

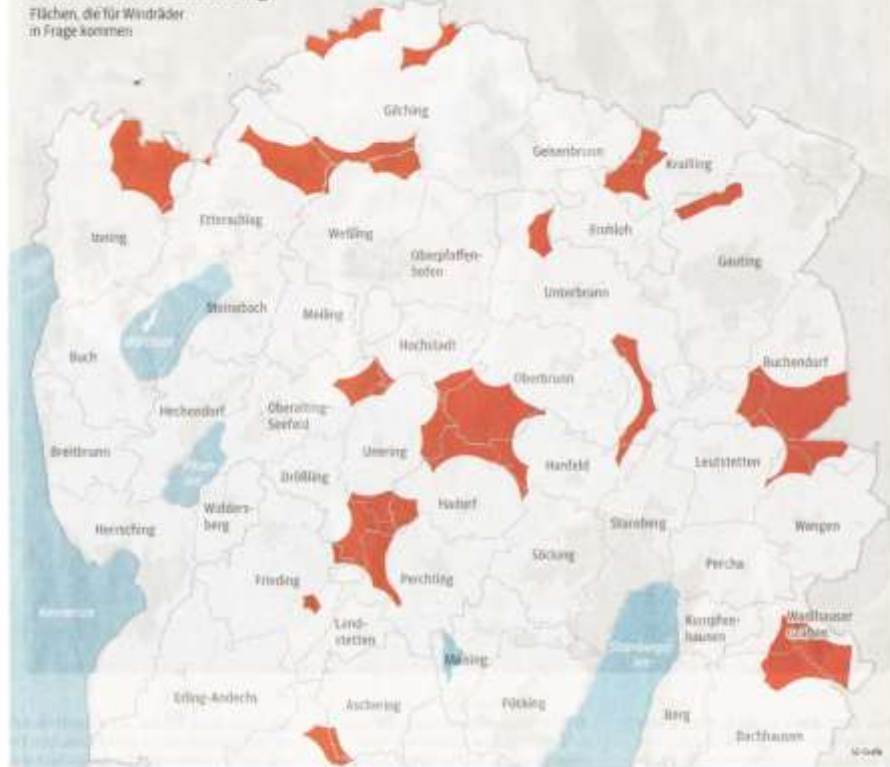
Aiwanger müsste nur einen Blick in den Landkreis Starnberg werfen. Dort existiert seit 2012 der Teilflächenutzungsplan „Windkraft“, in dem 15 potenzielle Flächen für den Bau von Windrädern festgelegt sind. Dank dieses Plans, der früh genug rechtskräftig wurde, wird die 10-H-Regel hier ausgehebelt.

Die 10-H-Regel gilt im Landkreis nicht, ein eigener Windkraftplan hebt sie aus

Bis heute stehen aber nur vier Anlagen in den Wadhäuser Gräben in Berg, durchgesetzt gegen heftigen Widerstand von Bürgern vor allem aus den Nachbargemeinden. Dort wird nun etwas mehr Strom produziert, als in der ganzen Gemeinde verbraucht wird – also 100 Prozent erneuerbare Energie –, während in den anderen Gemeinden der Anteil um die 15 Prozent liegt, vor allem aus Solaranlagen. Keine Chance hatten die Gemeinde Inning und die Stadtwerke München mit ihrem Vorhaben, drei Anlagen auf der Vorrangfläche nördlich der Lindauer Autobahn zu errichten. Die Windräder wurden 2015 per Bürgerentscheid geknickt. Seitdem herrscht Flaute bei der Windkraft. In Gilching aber soll diese wieder auf die Tagesordnung, dort will Bürgermeister Manfred Walter (SPD) dem Gemeinderat eine Machbarkeitsstudie vorschlagen.

Windkraft in Starnberg

Flächen, die für Windräder in Frage kommen



Die möglichen Standorte für Windkraftanlagen im Landkreis befinden sich vor allem an der Peripherie. Es gibt Flächen im Westen bei Inning, zwischen Eitersching und Gilching, zwischen Hanfeld und Hochstadt, bei Buchendorf und Königswiesen, in Oberalting oder zwischen Drölling und Perchting. Die Höhenzüge rund um den Starnberger See bleiben frei. Generell wird ein Abstand von einem Kilometer zur nächsten Bebauung gewahrt.

Vater dieser „Konzentrationsflächen“ ist Kreisbaumeister Christian Kühnel. Sein Anliegen seinerzeit: einen Wildwuchs von Windrädern und damit die „Verspargelung“ der Landschaft zu verhindern. Für

die landkreisweite Standortplanung hat er viel Zeit und Ausdauer investiert, ist durch die Gemeinden getourt und hat viel Überzeugungsarbeit geleistet. Trotzdem ist außer in Berg nichts mehr geschehen. Kühnel macht dafür auch die seiner Ansicht nach viel zu aufwendigen und zu bürokratischen Genehmigungsverfahren verantwortlich, die immensen Aufwand verursachten, viel Geld kosteten und Investoren abschreckten. Das müsste vereinfacht werden, findet er und kritisiert außerdem, dass beim Bau eines Windrades nicht nur Ausgleichszahlungen geleistet, sondern auch Ausgleichsflächen nachgewiesen werden müssten.

Neuen Schwung in die Diskussion brachte die Kreistagsfraktion der SPD, die im Februar von der Kreisverwaltung einen Bericht forderte, wo und wie weitere Windkraftanlagen realisiert werden könnten. Als Vorbild kann dabei immer wieder das Berger Modell dienen. Dort sind außer den Gemeinden Berg und Gaisbach, einer Bank und den Stadtwerken Bad Tölz auch mehr als 160 Kommanditisten beteiligt. Sie haben in den vergangenen Jahren vier bis sechs Prozent Rendite kassiert, und es soll noch mehr werden. Bürgermeister Rupert Monn hält es für wichtig, dass die Wertschöpfung im Ort bleibt, denn das erhöhe die Akzeptanz.